

PROTOKOLL

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement am Donnerstag, dem
16.02.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: AG/005a/2023
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Andreas Timpe

Mitglied CDU-Fraktion

Lars Albertmelcher
Elisabeth Aryus-Böckmann
Gerda Hövel
Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion

Karin Kattner-Tschorn
Mathias Otto
Axel Uffmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier
Michael Schoster

Vertretung für Zofia Heitmann

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Falk Landmeyer

Mitglied FDP-Fraktion

Arend Holzgräfe

von der Verwaltung

Stadtbaurat Florian Schmeing
Wiebke Heimhalt
Guido Kunze
Michael Schönwald

ProtokollführerIn

Maren Hohmann

Abwesend:

stellv. Vorsitzende

Zofia Heitmann

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.11.2022
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für den Ausschuss für Gebäudemanagement zum Stichtag 31.10.2022
Vorlage: 01/2023/0033
- TOP 7 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzender Timpe eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.11.2022

Das Protokoll vom 24.11.2022 wird einstimmig genehmigt.

Fr. Wehrmann merkt an, dass Hr. Gerling im Protokoll falsch benannt wurde und bei Hrn. Schulkes Beitrag handelt es sich um einen „Sperrvermerk“ und keinen „Stellvermerk“.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Hr. Schönwald teilt zur letzten Sitzung mit, dass zugesagt worden sei, eine grobe Kostenangabe für einen neu zu errichtenden Fahrstuhl im Veranstaltungsraum Riemsloh mitzuteilen. An der OBS Buer sei gerade ein neuer Fahrstuhl über zwei Etagen errichtet worden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 130.000 Euro und seien vergleichbar mit den Kosten für einen Fahrstuhl im Veranstaltungsraum Riemsloh.

Hr. StBR Schmeing teilt mit, dass es eine Anfrage zu verschiedenen Sachständen gegeben habe, die nun nacheinander beantwortet würden. In der KiTa Jugendherberge sei letztes Jahr mit den Arbeiten begonnen worden. Es seien dann einige Probleme entstanden, die Bauteilöffnungen nach sich gezogen haben. Durch diese habe sich der Gegenstand der Betrachtung geändert, sodass nunmehr bekannt sei, bspw. wie tief die Fundamente seien und wie die Sohle aufgebaut werden müsse. Ferner sei der Denkmalschutz und die Abstimmung mit dem Architekten nicht immer ganz einfach. Die neuen Erkenntnisse könnten nun vor den Ausschreibungen berücksichtigt werden. Hierdurch sei es zwar zu einer zeitlichen Verzögerung gekommen, die jedoch positiv im Hinblick auf die kommenden Ausschreibungen zu bewerten sei. Derzeit werden die Leistungsverzeichnisse und Ausschreibungen vorbereitet und es werde angestrebt, im 4. Quartal 2023 mit dem Bau zu beginnen. Die Bauzeit betrage dann in etwa 1,5 Jahre.

Fr. Hövel teilt mit, dass es sich bereits um einen längeren Prozess handle und der entsprechende Beschluss bereits im Jahr 2020 gefasst worden sei. Es seien Termine in Aussicht gestellt und davon ausgegangen worden, dass die Fertigstellung Mitte 2022 erfolge. Nun werde der Baubeginn im 4. Quartal 2023 mitgeteilt, das müsse gut erklärt werden. Man sei besorgt, dass man im Protokoll des Bildungsausschusses gelesen habe, dass die verspätete Fertigstellung Auswirkungen auf die Landesförderung haben werde und man ggf.

Gefahr laufe, dass die Fördermittel wegfallen und man derzeit die Zuwendungsgeber um Fristverlängerung bitte. Dann handele es sich aber nicht lediglich um eine Bauverzögerung.

Hr. Kunze antwortet, dass dies richtig sei. Eine Prüfung sei im Fachamt im Gange. Der derzeitige Stand werde mit dem Protokoll nachgereicht.

Fr. Wehrmann fragt nach, um wie viel Fördermittel es gehen würde.

Hr. Kunze antwortet, dass auch diese Information mit dem Protokoll nachgereicht werde, da die Koordination der Zuwendungen vom Fachamt erfolge.

Nachgetragen:

Fördermittel Kita in der ehemaligen Jugendherberge:

Über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT-Mittel)“ wurde mit Bescheid vom 21.04.2021 seitens des Landesjugendamtes eine Förderung in Höhe von 360.000 € für die Schaffung von 30 neuen Krippenplätzen bewilligt. Der ursprüngliche Zeitrahmen bis 30.06.2022 wurde mit Änderungsbescheid vom 17.12.2021 bis zum 30.06.2023 verlängert. Da die Fertigstellung bis zu diesem Zeitpunkt obsolet ist, werden diese Fördermittel nicht mehr abrufbar sein.

Das o.g. Förderprogramm wurde in der Vergangenheit stets neu aufgelegt und mit neuen Fördermitteln versehen. Sobald dies der Fall ist, soll erneut eine Förderung beantragt werden. Derzeit ist jedoch noch nicht bekannt, ob und in welchem Rahmen dies geschieht. Über die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von drei Jahren bis zu Einschulung (Richtlinie RIT)“ hat der Landkreis Osnabrück Fördermittel für die Schaffung von 75 Kindergartenplätzen in der ehemaligen Jugendherberge Melle in Höhe von 207.046,39 € bewilligt bekommen. Diese Maßnahme muss bis zum 30.09.2023 durchgeführt werden. Auch dieses Datum ist nicht mehr erreichbar. Daher wird auch für diesen Bereich auf weitergehende Fördermöglichkeiten gewartet.

Bedarfsplanung:

Die Bedarfsplanung zur Versorgung von Kindern im Alter von 0 Jahren bis zur Einschulung mit Plätzen in der Kindertagesbetreuung obliegt dem Landkreis Osnabrück als örtlicher Träger. Der jüngste Bedarfsplan des Landkreises stammt aus dem Jahr 2019. Die Stadt Melle (Amt für Familie, Bildung und Sport) konkretisiert diese Planungen für ihr Stadtgebiet und die einzelnen Stadtteile und stellt den Platzbedarf in regelmäßigen Abständen den politischen Gremien vor. So wurden in der Sitzung des Bildungsausschusses am 02.03.2023 sowohl die voraussichtlichen Belegungssituationen zum 01.08.2023 und zum 01.01.2024 als auch die geplanten Maßnahmen in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt.

Hr. Schoster teilt mit, dass dazu noch die Problematik bestehen würde, dass die entstehenden KiTa Plätze in der Bedarfsberechnung für das Jahr 2023 mit Stand von November 2022 bereits verplant worden seien. Es fehlen aufgrund der Verzögerung dann ca. 100 KiTa-Plätze. Es müsse geklärt werden, was mit den fehlenden KiTa-Plätzen geschehe und ob der Bildungsausschuss aktiv werden müsse.

Hr. Schmeing antwortet, dass Hr. Dreier das Thema auf der Agenda habe, allerdings mit Hrn. Dreier Rücksprache gehalten werden müsse.

Nachgetragen: Bis zur Fertigstellung der Arbeiten in der Jugendherberge sollen die Container durch die Stadt Melle vom jetzigen Träger übernommen werden und in der Trägerausschreibung berücksichtigt werden. Der auszuschreibende Träger wird dann die Arbeit mit drei Gruppen in den jetzigen Containern aufnehmen und nach Fertigstellung in die Jugendherberge umziehen. Anschließend wird um die weiteren angedachten Gruppen aufgestockt.

Hr. Schmeing führt zum Bauvorhaben Schürenkamp 14 aus, dass im Juni 2022 mit den Arbeiten begonnen wurde. Die Zusammenarbeit mit dem Rückbauer habe sich als sehr schwierig gestaltet, da u. a. die Arbeiten nicht sach- und fachgerecht ausgeführt worden seien und aufgrund dessen die Firma die Mängel nacharbeiten und ausräumen musste, was eine zeitliche Verzögerung der Baumaßnahme nach sich ziehe. Der Bauzeitenplan mit den nachfolgenden Gewerken musste daher aktualisiert und angepasst werden. Der konkrete Fertigstellungstermin sei daher schwierig zu prognostizieren und werde mit dem Jahr 2023 kommuniziert.

Fr. Wehrmann fragt, ob der Kostenrahmen eingehalten werde.

Hr. Kunze antwortet, dass man sich derzeit über den geplanten Kosten befinde. Die zusätzlich entstehenden Arbeiten werden durch Nachträge ebenfalls abgerechnet.

Fr. Hövel fragt, wie viel Mehrkosten entstehen werden.

Hr. Kunze teilt mit, dass sich der Gesamtrahmen bei 900.000 Euro befinde und Nachträge in Höhe von ca. 100.000 Euro vorlägen. Die gestörten Bauabläufe bei den Nachfolgewerken könnten auch noch zu weiteren Nachträgen führen.

Hr. Schmeing teilt zum gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen zum Ausbau von Photovoltaik in der Stadt Melle mit, dass die ersten Arbeitsschritte zu mehreren Punkten des Antrages derzeit erfolgen würden. Den Punkt 2 „Prüfung Betriebsform“ habe Herr StR Hensiek federführend vorbereitet und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen werde tiefer darüber berichtet. Erste Gespräche haben das Ergebnis gebracht, dass die Festlegung der Rechtsform auch nach der Errichtung der Photovoltaikanlagen mit der Option einer späteren Überführung möglich sei. Aus steuerlichen Aspekten sei noch kein konkreter Beschluss zur Rechtsform erforderlich. Zu Punkt 5 „Potentialliste“ sei das Gebäudemanagement eingestiegen, eine entsprechende Liste an städtischen Gebäuden zusammen zu stellen. In dieser Liste gehe es darum, welche städtischen Dächer vorhanden seien und im Zusammenhang mit dem Dachalter, der Dachstruktur und auch der Dachstatik beispielbar seien. Am Ende werde es einen Vorschlag geben, welche Objekte für eine kurzfristige Umsetzung geeignet seien und welche eine weitergehende Planung voraussetzen wie bspw. die Verbesserung der Dachstatik oder –sanierung. In einem der nächsten Ausschüsse werde es eine erste Liste geben, um das Thema genauer vorzustellen. Unabhängig von einer entsprechenden Potentialliste seien einige Objekte bekannt, die sofort geeignet seien, sodass im Laufe des 1. Halbjahres noch Beschlüsse vorgelegt werden, um den Sperrvermerk aufzuheben. Hierzu gehören u. a. die Kläranlage, das neue Feuerwehrhaus Gesmold, die Turnhalle Westerhausen und die Grönenbergschule. Nach den weitergehenden Prüfungen werde eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

Fr. Wehrmann bedankt sich für den umfangreichen Sachstandsbericht und freue sich, wenn im Jahr 2023 für 500.000 Euro Photovoltaikanlagen auf die städtischen Dächer gebaut werden.

Hr. Schmeing führt zur Grönenbergschule aus, dass das Dach damals statisch geprüft worden und eine Kombination mit einem sehr leichten Modul möglich sei. Man müsse nur schauen, welche Nachteile das Dach habe bzgl. der Sicherung der Anlage aus Metall bzw. welche Art der Befestigung möglich wäre, um keine Schwachstelle im Metaldach zu verursachen. Die Turnhalle sei noch separat als Objekt einer mittelfristigen Option vorhanden, da zunächst das Dach saniert werden müsse. Zum jetzigen Stand sei das Dach des Mitteltraktes sofort geeignet. Hier müsse jedoch geprüft werden, wie viel die 500.000 Euro letztendlich hergeben und welche Anlagen eigenstrommäßig am meisten Sinn machen. Dies sei Aufgabe der Prioritätenliste, da alles auf einmal nicht möglich wäre. Auf Dauer müsse das Thema Personal bedacht werden, egal ob letztendlich die Wirtschaftsbetriebe, das Gebäudemanagement oder eine eigene Gesellschaft gewählt werde. Wenn die genannten Anlagen in diesem Jahr in die Planung gehen und die Prioritätenliste vorläge, sei dies ein guter und richtiger Schritt.

Hr. Schoster fragt, ob zum Brand in der Grundschule Wellingholzhausen weitere Informationen gegeben werden könnten. Aus der Presse sei entnommen worden, dass der Hausmeister den Brand zufällig entdeckt habe und ob es in dem Bereich keine Rauchwarnmelder geben würde.

Hr. Schönwald antwortet, dass grundsätzlich kein Erfordernis bestehe, dass in Schulen in jedem Raum Rauchwarnmelder vorhanden seien. Dies sei brandschutztechnisch keine Vorgabe. Grundsätzlich seien Schulen so konzipiert, dass zwei getrennte Rettungswege vorhanden seien, sodass dort nichts fehlen würde, sondern die Anforderungen eingehalten werden.

Hr. Timpe ergänzt, dass es wichtig sei, dass die Rauchabschottungen funktionieren und kein Millionenschaden durch Rauchgase entstehe.

Hr. Schoster teilt mit, dass es, auch außerhalb von Melle, nicht das erste Mal sei, dass es in den Toilettenräumen in Schulen gebrannt habe. Daher die Anregung, auch ohne gesetzliche Vorgabe zu prüfen, diese Bereiche mit zu überwachen.

Hr. Schmeing antwortet, dass alles möglich sei, aber diese Anlagen sehr teuer seien und man daher zunächst die weitere Entwicklung und ggf. partielle Überwachung beobachtet werden sollte.

Fr. Wehrmann fragt nach zum aktuellen Sachstand von Flüchtlingsunterbringung in städtischen Gebäuden.

Fr. Hohmann antwortet, dass derzeit vier städtische Flüchtlingsunterkünfte in Betrieb seien. Hiervon stehen zwei im Eigentum der Stadt Melle und zwar die ehem. Jugend-Freizeit-Bildungsstätte in Neuenkirchen und die Containeranlage in Riemsloh. Beide Unterkünfte seien dauerhaft nah an der Kapazitätsgrenze ausgelastet. Weiter seien zwei Gebäude angemietet worden und zwar ein Gebäude am Ochsenweg für ukrainische Flüchtlinge und eine kleinere Flüchtlingsunterkunft in der Riemsloher Str. in Melle-Mitte. Diese beiden Unterkünfte seien ebenfalls hoch ausgelastet.

Hr. Albertmelcher teilt mit, dass durch die Medien weiterhin von einer großen Flüchtlingswelle und verstärkten Zuweisungen vom Land ausgegangen werde. Bezüglich der Refinanzierungen beschwerten sich die Länder beim Bund und der Bund reagiere nicht. Er fragt nach, wie sich dieser Umstand auf die Stadt Melle auswirke, ob mit weiteren Flüchtlingen gerechnet werden müsse und wenn ja, ob dies noch im Budget berücksichtigt werden müsse.

Hr. Schmeing teilt mit, dass dies auch Thema im Verwaltungsvorstand sei. Aktuell könnten die Flüchtlinge gut untergebracht werden, sodass keine Turnhallen belegt werden müssten.

Fr. Hövel fragt nach, ob es bereits Neuigkeiten zu der Unterbringung von Wohnungslosen an der Oldendorfer Str. / Ecke Weststraße gebe oder ob dies nun erstmal die Lösung sei.

Hr. Kunze antwortet, dass dies nicht die endgültige Lösung sei. Die derzeitige Situation sei dort aber sehr entspannt und aufgrund von anderen Maßnahmen werde die Maßnahme in Abstimmung mit dem Verwaltungsvorstand nicht mit allerhöchster Priorität bearbeitet. Dennoch seien bereits verschiedene Varianten betrachtet worden und in der kommenden Woche werden diese Herrn StBR Schmeing vorgestellt. Die Situation dort werde derzeit gut angenommen aufgrund der Zusammenarbeit zwischen dem dortigen Hausmeister, Frau Hohmann und der Diakonie.

Fr. Kattner-Tschorn teilt mit, dass sie Frau Hohmann für ihre Tätigkeit danken möchte. Frau Hohmann mache eine super Arbeit mit den Obdachlosen, die überhaupt nicht wertgeschätzt werde. Darauf sollte die Politik mehr achten.

Fr. Hövel teilt mit, dass der Sachstand zu den Machbarkeitsstudien und die Einbindung der Ortsräte bzw. der politischen Gremien fehle. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudien sollten bereits im Sommer des letzten Jahres vorgestellt werden. Dies erfolgte dann am Ende des letzten Jahres, aber auch nicht in den politischen Gremien, wie bspw. in diesem Ausschuss. Dies werde bedauert. Das Problem sei die Unruhe der Eltern der betroffenen Stadtteile, da sich nichts bewege. Im Protokoll des Bildungsausschusses habe die Bürgermeisterin auf entsprechende Fragen nach diesem Thema geantwortet, dass sich die Politik in diesem Thema strategisch positioniere und Grundsatzentscheidungen treffen müsse. Das habe verblüfft und die Beschlussvorlage ergebe aus den strategischen Zielen „die Sanierung und Weiterentwicklung der Schulstandorte unter Berücksichtigung des Standardraumprogramms“. Diese Beschlüsse habe die Politik getroffen und die Verwaltung entsprechend beauftragt. Aber die Beratungsunterlagen würden nicht beraten und ins Frühjahr dieses Jahres in nichtöffentlicher Sitzung verschoben. Die Aufgabe sei, die politische Arbeit in den öffentlichen Ausschüssen zu machen. Es sei problematisch, solche wichtigen Bereiche in nichtöffentliche Sitzungen zu schieben, da man dadurch auch noch Zeit verliere und die Baumaßnahmen sich verzögern. Sie habe wenig Verständnis für dieses Vorgehen, da keine grundsätzlichen Überlegungen mehr nötig seien, sondern zeitnah der Umbau und die Sanierung der Schulen. Man müsse überlegen, ob es hier nicht schlankere Verfahren geben könne wie bspw. in Bruchmühlen.

Hr. Uffmann teilt mit, dass er überrascht sei, dass Fr. Hövel dieses Thema hier im Ausschuss thematisiere. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sei dies verständlich, hier im Ausschuss nicht, da dieses Thema in der Strategieklausur besprochen werden solle. Über dieses Vorgehen herrsche überparteiliche Übereinstimmung. In Bruchmühlen sei es so gut gelaufen, da eine Art Machbarkeitsstudie gemacht worden sei und dieses Vorgehen auf die weiteren Maßnahmen übertragen werde. Die Diskussion über die Machbarkeitsstudien sei in diesem Ausschuss nicht angebracht, sondern in der Strategieklausur, in welcher es gut und passend sei.

Fr. Hövel teilt mit, dass sie Herrn Uffmann widersprechen müsse, da dies die Themen seien, die die Bürger interessieren und die öffentlich besprochen werden müssten. Eine Strategieklausur sei kein Ersatz für eine öffentliche Diskussion und auch kein beschlussfähiges Organ.

Hr. Holzgräfe ergänzt, dass er Herrn Uffmann zustimme und nach seinem Kenntnisstand die Fraktionsvorsitzenden sich darauf verständigt haben, dass das Thema in der Strategieklausur besprochen werde. Dies sei allgemeiner Konsens und habe jeder im Rat mitbekommen, sodass auch Hr. Holzgräfe Unverständnis für den Beitrag von Fr. Hövel habe.

Hr. Timpe führt aus, dass im Verwaltungsausschuss ein entsprechendes Übereinkommen der Fraktionen über die Vorgehensweise getroffen wurde. Am 14.03.2023 werde es eine Sitzung geben, bei der die Vorgehensweise zum Verfahren der Strategieklausur erläutert werde. Das sei für alle zur Vorbereitung wichtig. Es seien alle dafür gewählt worden, entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Hr. Kunze teilt mit, dass es die Vorgabe vom Verwaltungsvorstand sei, dass die Informationen dann eingebracht werden. Es sei erfreulich, dass die erarbeiteten Machbarkeitsstudien Akzeptanz gefunden hätten. Die Ortsräte würden grundsätzlich in der gewohnten Art und Weise beteiligt, sobald der entsprechende Planungsstand erarbeitet worden sei und Beschlüsse vorbereitet würden.

Fr. Hövel fragt nach dem aktuellen Stand zu den Fenstern im Rathaus.

Hr. Schönwald teilt mit, dass die Maßnahme auf die Prioritätenliste gesetzt worden sei und derzeit von den Kollegen die entsprechenden Angebote eingeholt und die Vergabe vorbereitet werde.

**TOP 6 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für
den Ausschuss für Gebäudemanagement zum Stichtag
31.10.2022
Vorlage: 01/2023/0033**

Hr. Timpe teilt mit, dass in der Informationsvorlage keine großartigen Veränderungen zum letzten Finanz- und Leistungscontrollingbericht gebe.

Hr. Albertmelcher bittet um Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen im Produkt 111-14 bei den Minderaufwendungen von gut 200.000 Euro. Zwar seien im Bereich Bewirtschaftung und Dienstleistung Kostensteigerungen abzusehen, die jedoch durch ungeplante Mehrerträge im Bereich Mieten und Pachten ausgeglichen werden. Er fragt nach, wie diese Mehrerträge entstanden sind.

Hr. Schönwald antwortet, dass es sich hierbei um die Nutzungsgebühren für die Notunterkünfte handelt, die die Mehrerträge verursachen.

Hr. Albertmelcher bittet um Erläuterung zu den Erläuterungen zu dem Produkt 111-16, da dort Mehraufwendungen in Höhe von gut 105.000 Euro prognostiziert wurden. Diese resultieren aus einer verringerten Anzahl von Aufträgen an den Baubetriebsdienst durch das Forum Melle auf der Ertragsseite. Er fragt nach, ob dies bedeuten würde, dass die Mitarbeiter des Baubetriebsdienstes weniger gebucht worden wären, da doch alle Leistungen irgendwie intern verrechnet werden.

Fr. Heimhalt antwortet, dass in den letzten Jahren Mehraufwendungen geplant waren für Drittbetriebe, wie bspw. das Forum Melle. Diese 5.000 Euro sind im letzten Jahr nicht mehr geflossen.

Hr. Schönwald ergänzt, dass wenn der Baubetriebsdienst Leistungen für Drittfirmen erbringe, auch bares Geld fließe und keine interne Leistungsverrechnung erfolge. Da wurde wohl im

letzten Jahr vom Forum Melle bzw. den Wirtschaftsbetrieben der Baubetriebsdienst weniger benötigt.

Fr. Hövel fragt zum Finanzhaushalt nach, wieso für das Feuerwehrhaus Gesmold und das Feuerwehrhaus Wellingholzhausen Vorschläge für die Haushaltsreste angegeben wurden und für den Schulstandort Gesmold und die Sporthalle Gesmold nicht.

Hr. Schönwald antwortet, dass die Haushaltsreste erst zum Jahresabschluss Mitte / Ende März gebildet werden und dazu derzeit der Austausch mit der Kämmerei stattfindet.

Hr. Uffmann führt aus, dass der unterjährige Finanz- und Leistungscontrollingbericht gut und wichtig sei, aber leider immer verzögert vorgestellt werde. Dafür könne der Ausschuss und die Kollegen nichts, aber für diese Sitzung Mitte Februar der Bericht mit Stichtag 31.12.2022 besser gewesen wäre. Es wäre schöner, die Berichte besser auf die Ausschüsse abzustimmen.

Fr. Wehrmann fragt bzgl. der Digitalisierung der Unterlagen nach dem weiteren Vorgehen, ob es eine Zeitplanung gebe oder ein anderer Beschluss notwendig sei.

Hr. Schönwald antwortet, dass man die Vorgehensweise dahingehend ändern möchte, dass nicht mehr ad hoc sofort jedes Gebäude zu 100 % aufgenommen werde, sondern einzelne Gewerke nacheinander aufgenommen. Im letzten Bereich habe man sich bereits herangetastet und bspw. die Spielplatzprüfung neu aufgebaut und strukturiert und diese Prozesse nun so übernommen werden. Im neuen Haushalt werden diese Änderungen bereits übernommen und daher im nächsten Leistungs- und Controllingbericht neu dargestellt.

TOP 7 Wünsche und Anregungen

Fr. Kattner-Tschorn fragt nach, wer bei der Sägemühle Oldendorf für das Außengelände zuständig sei und wie der Sachstand bei dem Bürgerbüro Oldendorf zu den geplanten Maßnahmen (Streichen, Lichtquellen Außenbereich) sei.

Hr. Schönwald antwortet, dass der Außenbereich offiziell ebenfalls zum Gebäudemanagement gehört. Die Arbeiten würden aber operativ oftmals durch die Gemeindearbeiter des Baubetriebsdienstes durchgeführt. Bezüglich den Sanierungsmaßnahmen am Bürgerbüro Oldendorf habe es einen Ortstermin mit den Beteiligten gegeben, um zu prüfen, in wie weit die Schönheitsreparaturen von den Mitarbeitern des Baubetriebsdienstes durchgeführt werden können.

Hr. Landmeyer hatte Anfang Oktober letzten Jahres eine Anfrage bei der Wirtschaftsförderung im Hinblick auf den Breitbandausbau an Schulen, insbesondere bei der Grundschule Westerhausen, gestellt. Dort wurden Arbeiten durchgeführt und zumindest Leerrohre verlegt wurden. In der Schule konnte keine Auskunft gegeben, wann ein Anschluss zur Verfügung stehe. Die Frage sei daher, ob es für diese Schule, aber auch allgemein für alle Schulen, einen Fahrplan gebe, wann die Anschlüsse erfolgen.

Hr. Kunze antwortet, dass die Erstellung der Glasfaseranschlüsse über den Landkreis geplant werde. Hier seien aber zunächst die Oberschulen angeschlossen worden und danach kommen nun die Grundschulen an die Reihe. Der Anschluss wird in das Haus geführt, von wo aus dann seitens des Gebäudemanagements die Weiterführung der Lichtwellenverkabelung bis zum Serverraum durchgeführt werde.

Fr. Hövel teilt mit, dass es sich um eine wertvolle Sitzung gehandelt und die Politik viele Information bekommen habe. Die Fragen, die nicht ad hoc beantwortet werden konnten, werden mit dem Protokoll nachgereicht. Es sei wichtig gewesen, die Sitzung stattfinden zu lassen und der Antrag der CDU-Fraktion sei gut und richtig gewesen, da große Projekte bearbeitet werden und deren Sachstände und Probleme bekannt gegeben werden müssten. Es handelte sich nicht um die einzige Sitzung, die von der Bürgermeisterin abgesagt worden sei. Es sei irritierend, dass der Verwaltungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Tiefbau und der Ausschuss für Planen und Entwicklung ebenfalls abgesagt worden sei. Insgesamt seien somit 4 Ausschüsse zum Anfang des Jahres abgesagt worden. Vor diesem Hintergrund müsse aufgepasst werden, dass auch in den Ausschüssen die politische Arbeit gemacht werde, die Ausschüsse stattfinden und die Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden müssen.

Hr. Uffmann führt aus, dass die Sitzung nicht ganz so fruchtbar gewesen sei, wie von Fr. Hövel dargestellt. Die Ausschussmitglieder haben Informationen bekommen, aber fraglich sei, ob dafür diese Sitzung erforderlich gewesen wäre. Die Fragen hätten auch schriftlich beantwortet werden können. Das Interesse der Bürger habe sich auch in Grenzen gehalten, da auf der Tagesordnung keine greifbaren Punkte gewesen seien. Dies dann zu nutzen, um bspw. den Punkt Schulstandorte ohne Vorbereitung auf den Tisch zu bringen, sei nicht richtig. Solche Themen müssten auf der Tagesordnung stehen.

Fr. Hövel teilt mit, dass dies anders gesehen werde. Es hätte durchaus eine Vorlage zu dem Thema geben können, denn die gewünschten Themen wurden eingereicht. Wenn alle Themen unter dem TOP „Bericht der Verwaltung“ berichtet wird, sei dies die Entscheidung der Verwaltung.

Hr. Timpe führt aus, dass Ende letzten Jahres noch Beschlüsse zu einem Volumen von 10 – 15 Mio. Euro gefasst wurden, die von der Verwaltung auch bearbeitet werden müssen und wozu heute Sachstände gegeben wurden. Nächstes Mal könne hierzu auch eine schriftliche Anfrage an die Verwaltung verfasst werden, da hier etliche Verwaltungsstunden gebunden und auch Steuergelder ausgegeben werden.

Herr Ausschussvorsitzende Timpe schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

13.04.2023



Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

13.04.2023

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

13.04.2023

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)